

Christoph Meyer (9.7.2016):

Herbert Wehner – leidenschaftlicher Parlamentarier

Zum 110. Geburtstag am 11. Juli 2016

**Referat zur Diskussionsveranstaltung des Herbert-Wehner-
Bildungswerkes am 9. Juli 2016 im Kulturrathaus Dresden**

Ein Leben

Am Montag jährt es sich zum 110. Mal. Herbert Wehner wurde am 11. Juli 1906 um 1 Uhr in der Nacht im Hause Spenerstraße 13 in Dresden-Striesen geboren. Von hier nahm das Leben eines Jahrhundertpolitikers seinen Ausgang, ein Leben mit zahlreichen Irrwegen und Wegen, mit tiefgreifenden Einschnitten entsprechend der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts – und doch ein Leben mit einer bemerkenswerten Kontinuität, ich sage: Kontinuität im Lernen, im Helfen und im Arbeiten für eine bessere, eine solidarische Gesellschaft¹.

Greta Wehner hat mir einmal erzählt, dass Herbert, als er in den achtziger Jahren aus der Politik ausgeschieden war, krank und gebrechlich, angesichts der politischen Lage gemeint hat: „Es war alles umsonst“. Greta hat ihm damals widersprochen und gesagt, dass er doch vieles für die Menschen bewirkt habe und dass da schon welche kommen werden, die an sein Werk anknüpfen und das Geleistete aufgreifen würden.

Nun, Herbert Wehner ist seit dem 19. Januar 1990 tot, und ihn kann es nicht mehr schmerzen, wie sein Andenken bis in unsere Tage besudelt wird und wie es – auch innerhalb der Sozialdemokratie – achtlos beiseitegeschoben worden ist. Die Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung, von Greta Wehner 2003 gegründet, hat zur Aufgabe die Wahrung des Andenkens von Herbert Wehner. Dies ist jedoch kein Selbstzweck. Am 11. Juli 2003 war die konstituierende Sitzung des Stiftungsbeirats. Einige, von uns, die damals dabei waren, sind heute hier: Klaus Deubel, Hanjo Lucassen, Jürgen Schmude und Franz Müntefering, damals Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. Greta hat

¹ Vgl. grundlegend: Meyer, Christoph (2006): Herbert Wehner. Biographie. 4. Aufl. München: dtv.

damals klar gemacht, was sie will, nämlich dass das Erbe „im öffentlichen Bereich weiter wirkt“, dass es „eine Grundlage für die politische Bildung“² ist.

Wenn ich also jetzt, zu seinem 110. Geburtstag, etwas über den „leidenschaftlichen Parlamentarier“ Herbert Wehner sage, dann geht es nicht darum, den Mann noch einmal hochleben zu lassen, sondern es geht darum, in seinem Lebensweg, seinen Auffassungen und Äußerungen Anknüpfungspunkte, Anregungen zu suchen, wie die erheblichen Herausforderungen an die parlamentarische Demokratie heute zu bewerkstelligen sind.

Anfänge und Konzepte

Herbert Wehners politischer Lebensweg begann mit einer schroffen Ablehnung des Parlamentarismus. So schrieb der 19jährige Anarchist hier in Dresden, in der „Revolutionären Tat“:

„Alle Kräfte gilt es zu sammeln zum Kampfe gegen die Republik und den Staat überhaupt, gegen das Parlament und alle Institutionen, die Machtinstrumente sind in den Händen der Kapitalisten.“³

Die Arbeiter, so meinte er, würden bei Wahlen nur die Taten legalisieren, die anschließend gegen sie unternommen würden. Einen wesentlichen Punkt übersah Wehner hier: Parlamentarische und demokratische Mitwirkungsrechte hatten die Arbeiter in mühseligem Kampf den Herrschenden über die Jahrzehnte hinweg abgerungen. Dass der Entzug dieser Rechte später in die blutigste Barbarei führen würde, sah er nicht, aber er musste es nach 1933 seitens der Nationalsozialisten und auch ab 1937 bei den Kommunisten in Moskau aus nächster Nähe miterleben.

Herbert Wehner lernte aus dieser Erfahrung. Nach 1945 setzte er sich leidenschaftlich für die parlamentarische Demokratie ein. Immer wieder zitierte er einen Satz aus dem Godesberger Programm, er hielt ihn für die „Quintessenz aus zwei Weltkriegen, zwei Geldentwertungen und zwei Diktaturen“:

² Wehner, Greta (2003): Rededisposition zur konstituierenden Sitzung des Stiftungsbeirats (<http://www.hgwst.de/konstituierung/>, verfügbar am 8.7.2016).

³ Wehner, Herbert (1926): Was ist zu tun? In: Revolutionäre Tat Nr. 1, Mai 1926 (<http://www.hgwst.de/hgwst/wp-content/uploads/2016/07/RevTat-1926-komplett.pdf>, verfügbar am 8.7.2016).

„Wir streiten für die Demokratie. Sie muß die allgemeine Staats- und Lebensordnung werden, weil sie allein Ausdruck der Achtung vor der Würde des Menschen und seiner Eigenverantwortung ist.“⁴

Herbert Wehner hat auf einem Juso-Bundeskongress einmal gesagt, es reiche nicht, eine Flagge zu haben, sondern es brauche auch einen festen Boden dafür, dass die Flagge stehen und dann auch weitergetragen werden kann⁵. Diesen Boden sah er im Grundgesetz, in der parlamentarischen Demokratie der Bundesrepublik. Es gehe nicht darum, den Kapitalismus zu stürzen, sondern vielmehr „die kapitalistischen Elemente in unserer Ordnung (...) mit Hilfe von Mehrheiten in den Dienst gesellschaftlicher Notwendigkeiten zu zwingen, und zwar auf demokratische Weise“⁶. 1971 betonte er:

„Ich halte es für die historische Aufgabe der Sozialdemokraten und der demokratischen Sozialisten, die kapitalistischen Faktoren, die zu leugnen doch töricht wäre, zurückzudrängen und die soziale Komponente systematisch zu stärken. Das ist in der Sache viel schwieriger und viel weniger blendend als es sich sagen läßt, wenn man Lust dazu hat, aber das allein kann die Erfüllung der historischen Aufgabe sein. Es handelt sich dabei um einen Prozeß und nicht um einen Akt.“⁷

Das also ist Herbert Wehners innenpolitische Konzeption: Den Kapitalismus als System nicht umstürzen, sondern ihn durch politisches, parlamentarisches Engagement sozial und demokratisch gestalten.

Von 1949 bis 1983 war Herbert Wehner Bundestagsabgeordneter, und er vertrat seine Konzeption in zahlreichen Reden. Ich werde im Folgenden einige Beispiele herausgreifen.

⁴ Vorstand der SPD (Hg.) (1967): Bundeskonferenz der SPD 1967. Protokoll. 13. bis 15. November 1967. Bad Godesberg, Stadthalle. Broschüre. Bonn: Vorwärts-Druck, S. B15.

⁵ Vgl. Brandt, Willy (1970): Aus der Rede des Vorsitzenden der SPD, Brandt, auf dem Bundeskongress der Jungsozialisten in Bremen, 11.12.1970. In: Brandt, Willy (2000): Auf dem Weg nach vorn. Willy Brandt und die SPD 1947-1972. Bearb. von Daniela Münkler, Bonn: J.H.W. Dietz Nachf. (Berliner Ausgabe, Bd. 4), S. 448-461, S. 450.

⁶ Wehner, Herbert (1971): Auf dem Weg zur sozialen Demokratie! Gespräch mit Leo Bauer für die Zeitschrift „Die Neue Gesellschaft“, Jahrgang 1971. In: Wehner, Herbert (1980): Wandel und Bewährung. Ausgewählte Reden und Schriften 1930-1980. Hg. von Gerhard Jahn. 5., erw. Aufl., Frankfurt/Main – Berlin: Ullstein, S. 424-434, S. 424.

⁷ Wehner, Herbert (1971): Demokratische Kontrolle für ein vereinigtes Europa. Rede auf der Tagung der Sozialdemokratischen Parteien der EWG-Länder in Brüssel, 28.-30. Juni 1971, in: Wehner, Herbert (1980): Wandel und Bewährung. A.a.O., S. 435-439, S. 435.

Parlamentarischer Staatsmann

1949, am 21. Oktober, kurz nach der Staatsgründung in der DDR hielt Herbert Wehner seine „Jungfernrede“ im Deutschen Bundestag. Es ging um eben jene Staatsgründung in der DDR, um die „Staatsakte in ‚Sowjetpreußen‘“. Diesen setzte er seinen scharfen Protest entgegen:

„Die sowjetischen Staats- und Propagandaakte, die in diesen Tagen auf deutschem Boden abgerollt sind und noch abrollen mögen, sind kein Ersatz für den einzigen Akt, aus dem die Wiedervereinigung unseres gegen den Willen unseres Volkes gespaltenen und auseinandergehaltenen Volks- und Staatswesens entstehen kann und entstehen wird. Denn dieser einzige Akt sind allgemeine, freie, geheime, gleiche und direkte Wahlen in allen Zonen und überall.“⁸

Die Forderung nach freien Wahlen in ganz Deutschland, nach einer Ausdehnung der Demokratie auf das ganze Land – Herbert Wehner und die Sozialdemokraten waren die ersten, die diese Forderung nach der Gründung der DDR erhoben. Und sie setzten sie dann als gemeinsam von Regierung und Opposition getragene Forderung durch. Getreu dem Oppositionsverständnis von Kurt Schumacher, das Herbert Wehner teilte:

„Die Opposition ist die Begrenzung der Regierungsmacht und die Verhütung ihrer Totalherrschaft. Ihre Eindeutigkeit zwingt alle Parteien, die der Opposition wie die der Regierung, ihr innerstes Wesen an ihren Taten zu offenbaren. Aber ebenso richtig ist, dass die Opposition sich nicht in der blossen Verneinung der Regierungsvorschläge erschöpfen kann. Das Wesen der Opposition ist der ununterbrochene Versuch, an konkreten Tatbeständen mit konkreten Vorschlägen der Regierung und ihren Parteien den positiven Gestaltungswillen der Opposition aufzuzwingen.“⁹

⁸ Wehner, Herbert (1949): Berlin. Aussprache über die Regierungserklärung zu den Vorgängen im anderen Teil Deutschlands und in Berlin sowie über den Antrag der SPD-Fraktion betr. Maßnahmen für Großberlin (21. Oktober 1949. 1. Legislaturperiode, 13. Sitzung). In: Wehner, Herbert (1970): Bundestagsreden. Mit einem Vorwort von Willy Brandt. Hg. von Manfred Schulte. 3. Aufl. Bonn: AZ Studio, S. 1-13, S. 3.

⁹ Schumacher, Kurt (1949), zit. n. HGWST-EA 02-053. Herbert Wehner: Rundfunkansprache "Regierung und Opposition" (undatiert, 1953).

Das hört sich kriegerisch an, aber so war es nicht gemeint. Wehner ging es darum, die innenpolitische Verhetzung zu überwinden, Freund-Feind-Verhältnisse lehnte er ab:

„Innenpolitische Gegnerschaft belebt die Demokratie. Aber ein Feindverhältnis, wie es von manchen gesucht und angestrebt wird, tötet schließlich die Demokratie, so harmlos das auch anfangen mag.“¹⁰

So Herbert Wehner am 30. Juni 1960. Mit dieser Rede schuf er die Voraussetzung dafür, gemeinsam mit der Union zu regieren. Im Herbst 1966 scheiterte die CDU/FDP-Regierung Erhard, und die von Wehner geführte Bundestagsfraktion stand bereit, Verantwortung zu übernehmen. Er appellierte am 8. November im Bundestag an die CDU, sie wisse doch,

„(...) daß wir hier Politik, das heißt Ordnung der allgemeinen Angelegenheiten, für unser ganzes deutsches Volk zu machen verpflichtet sind.“¹¹

Schließlich gelang es Wehner und den Sozialdemokraten zu verhindern, dass aus der Parteikrise der CDU/CSU eine Staatskrise der Bundesrepublik wurde. Im Dezember 1966, vor nun bald 50 Jahren, wurde die erste Große Koalition aus CDU/CSU und SPD gebildet.

Ein Ziel, das wichtige Vertreter beider Lager dabei verfolgten, war die Einführung eines Mehrheitswahlrechts nach britischem Vorbild. Herbert Wehner war für ein solches Wahlrecht, weil er die FDP für eine von der Industrie bestochene Partei hielt und weil er hoffte, dass ein Mehrheitswahlrecht für stabile Verhältnisse, für eine klare Alternativenentscheidung der Wählenden zwischen Regierung und Opposition sorgen würde¹².

Doch dieses Projekt scheiterte, nicht zuletzt am Widerstand zahlreicher Abgeordneter in CDU und SPD, die um ihre sicheren Listenplätze fürchteten.

¹⁰ Wehner, Herbert (1960): Plädoyer für eine gemeinsame Politik. Rede vor dem Deutschen Bundestag nach dem Scheitern der Pariser Gipfelkonferenz, 30. Juni 1960. In: Wehner, Herbert (1980): Wandel und Bewährung. A.a.O., S. 232-248, S. 248.

¹¹ Wehner, Herbert (1966): Von der Parteikrise zur Staatskrise. Begründung des sozialdemokratischen Antrages im Deutschen Bundestag, Bundeskanzler Erhard aufzufordern, dem Parlament die Vertrauensfrage zu stellen, 8. November 1966. In: Wehner, Herbert (1980): Wandel und Bewährung. A.a.O., S. 373-378, S. 376.

¹² Vgl. z.B. Es ging nicht um Finessen und Rückendeckung. In: Süddeutsche Zeitung vom 10.12.1962.

Und auch die Große Koalition hielt nur knapp drei Jahre, dann waren die Gemeinsamkeiten erschöpft. Die Ostpolitik und die Politik der inneren Reformen waren mit der Union nicht zu machen. Es folgte die sozialliberale Koalition von 1969 bis 1982, für Herbert Wehner eine neue Ära: Er trat als Vorsitzender an die Spitze der SPD-Bundestagsfraktion, der führenden Regierungsfraktion.

Diese Zeit, in der er als „alternder Fuhrmann“ den Karren zog, solange es eben ging – ein damals gängiges Wehner-Bild, ist stärker in der Erinnerung geblieben als sein oppositionelles und staatsmännisches, auch deutschlandpolitisches Engagement der 1950er und 1960er Jahre. Seine Rededuelle mit Franz Josef Strauß, die scharfen gegenseitigen Attacken und Zwischenrufe, oft live und schwarz-weiß im konkurrenzlosen öffentlich-rechtlichen Vormittagsfernsehen der 70er Jahre übertragen, sind geradezu legendär. Wer verstehen will, warum es bei Eklats wie dem Auszug der Unionsabgeordneten aus dem Parlament und Wehners berühmten Ruf „Wer rausgeht, muss auch wieder reinkommen“ wirklich ging, sollte die Vorgeschichte aber kennen. Wehners Wut speiste sich aus der tiefen Empörung über die Versuche von Unionspolitikern, das Feindbild wieder zur Grundlage der Innenpolitik zu machen, die Taktik des Kampfes um die Macht im Staate über das gemeinsame Ziel der Gestaltung der Demokratie zu stellen¹³.

Für die Vereinigten Staaten von Europa

Was würde Herbert Wehner wohl zur aktuellen Krise europäischer Politik, zu deren Bedrohung durch populistische Bewegungen sagen? Nun, Wehner war nicht nur ein deutscher Parlamentarier, sondern auch ein europäischer. Er gehörte von 1952 bis 1958 zur Parlamentarischen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, dem Vorläufer des Europaparlaments. In Opposition zu einem Europa der abgehobenen Kabinettsbeschlüsse und einseitig an wirtschaftlichen Interessen ausgerichteten Entscheidungen trat er für mehr parlamentarische Rechte und für ein soziales Europa ein. Herbert Wehner sorgte 1955 dafür, dass die Sozialdemokraten mit Erich Ollenhauer und ihm selbst an der Spitze Mitglieder

¹³ Ich kürze das an dieser Stelle ab. Ich habe das letztes Jahr schon ausführlicher geschildert - vgl. Meyer, Christoph (2015): Dresden – Deutschland – Herbert Wehner (<http://www.hgwst.de/vortrag-zum-109-wehnergeburtstag/>, verfügbar am 8.7.2015).

im von Jean Monnet gegründeten „Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa“ wurden. Ohne sein Mit-Tun wäre dieses überparteiliche Komitee wahrscheinlich gar nicht zustande gekommen. Wehner meinte:

„Europa wird Inhalt und Form durch unsere Beharrlichkeit finden, mit der wir den sozialen Ausbau der Länder, die zur Europäischen Gemeinschaft gehören und noch zu ihr stoßen werden, forcieren. Diese unsere Beharrlichkeit wird die entscheidende Kraft sein.“¹⁴

Wehner war gegen ein „Europa der Vaterländer“, denn:

„Ich bin für die Vereinigten Staaten von Europa, weil ich weiß (...), daß wir alle nicht zurückwollen in wie immer etikettierte Allianzen, die (...) trotz viel guten Willens Europa nicht vor zwei Weltkriegen und vor Perioden gefährlicher Spannungen haben bewahren können.“¹⁵

Dabei waren Nation und Europa für Wehner keine Gegensätze. 1967 sagte er:

„National können in Deutschland nur diejenigen sein, die erstens ohne Vorbehalte demokratisch sind und demokratisch handeln, und zweitens Europas Vereinigung nicht nur ersehnen – das tun viele und können viele –, sondern mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln der Politik und – ich unterstreiche ‚und‘ – durch ihr persönliches Verhalten herbeizuführen bemüht sind.“¹⁶

Aus heutiger Sicht würde Herbert Wehner sicher fragen, ob es so richtig war, im Jahr 1975 das Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa aufzulösen, mit der Begründung, die Einrichtung des Europäischen Rates der Regierungschefs mache es überflüssig. Das gegenwärtige Erstarren nationaler Interessenpolitik – teils unter dem Druck rechter Bewegungen – hätte Wehner tief besorgt, ebenso die Instrumentalisierung europäischer und internationaler Lebensfragen für Strategien des innenpolitischen Machtgewinns oder –erhalts – wie gerade in Großbritannien mit der „Brexit“-Volksabstimmung geschehen.

Herbert Wehner ist stets für die Stärkung der internationalen Zusammenarbeit und für die Stärkung der parlamentarischen Demokratie eingetreten. Darin – und in einer demokratisch organisierten, von friedlicher Konfliktlösung und

¹⁴ Wehner, Herbert (1971): Demokratische Kontrolle für ein vereinigtes Europa. A.a.O., S. 435.

¹⁵ Ebd., S. 436.

¹⁶ Vorstand der SPD (Hg.) (1967): Bundeskonferenz der SPD 1967. A.a.O., S. 91.

sozialem Miteinander geprägten Gesellschaft, sah er den Rahmen für die Gestaltung von Politik also das „Regeln der Dinge, die alle angehen“.

Scharf wäre Herbert Wehner mit denjenigen ins Gericht gegangen, die – wie Pegida – innenpolitische Hetze betreiben oder die – wie vor allem die AfD – nationalen Hass und Ressentiments für zwielichtige politische Ziele ausnützen. Und so zitiere ich ihn doch noch einmal, mit seinem Fazit zur Diskussion einer SPD-Konferenz von 1967:

„Man muß sich der Welt stellen, wie die Welt ist, und darf sie nicht in Brand setzen und darf diese Welt nicht noch schlimmer, als es schon durch ihre natürlichen Gebrechen geschieht, durcheinanderbringen, daß überhaupt keine Chance ist, zu den sozialen Umwälzungen zu kommen, die die Menschen brauchen, damit sie in Frieden miteinander leben können. Das ist eine Lehre.“¹⁷

¹⁷ Ebd., S. B115.